

Die letzte Grenze

Ein globales Abkommen, über das gegenwärtig verhandelt wird, wird es Unternehmen erlauben, die öffentlichen Dienstleistungen in aller Welt zu übernehmen – ob die Menschen das wollen oder nicht... Falls es zur Ausführung kommt, wird es den Untergang des öffentlichen Sektors bedeuten.

Maude Barlow erklärt, warum es verhindert werden muss.

Wenn Sie Bolivianer wären, wüssten Sie, warum die Welt über GATS besorgt sein müsste. Gehen Sie in der Zeit zurück ins Frühjahr 2000, in die Stadt Cochabamba in dieser südamerikanischen Nation. Unter dem Druck der Weltbank hatte die bolivianische Regierung gerade ihr öffentliches Stadtwassersystem an ein US-amerikanisches Wasserunternehmen verkauft. Dies alles war Teil des Weltbank-Programms, die bolivianische Wirtschaft zu "modernisieren" – mit anderen Worten, sie westlich gegründeten Unternehmen gegenüber zu öffnen. Es war alles, so wurde den Bolivianern versichert, im Namen ökonomischer Effizienz.

Die Menschen von Cochabamba fanden schnell heraus, worauf diese Effizienz hinauslief. Schon Wochen, nachdem die Unternehmensflagge auf dem, was bislang ein öffentlicher Versorgungsbetrieb war, gehisst wurde, wurden die Wasserpreise drastisch erhöht. Viele der ländlichen Familien von Cochabamba mussten bis zu einem Drittel ihres Einkommens für ihr Wasser bezahlen – mehr als sie für Nahrungsmittel ausgaben. Die Belastungen waren lähmend, und es gab keine Alternative – sogar Regenwasser als Trinkwasser zu sammeln, wurde für illegal erklärt.

Beschwerden hatten bei dem Wasserunternehmen keine Wirkung, dessen Ziel nun eher der Profit als die öffentliche Deckung eines Grundbedarfs war. So gingen die Cochabambaner auf die Strasse. Im April nahmen zuerst Hunderte, dann Tausende an Demonstrationen gegen die Privatisierung dieser elementarsten Hilfsquelle teil. Vier Tage Streik brachten die Stadt zum Stillstand. Die Regierung gab nach und versprach, den Wasserpreis zu senken. Dann überlegten sie es sich anders. Die Proteste begannen wieder und wurden dieses Mal größer. Tränengas wurde eingesetzt, und es wurde der Kriegszustand erklärt. Cochabamba landete im Chaos. Noch immer weigerten sich die Regierung und das Unternehmen nachzugeben. Protestführer wurden in der Nacht zusammengetrieben. Andersdenkende Medien wurden stillgelegt. Die Profite eines ausländischen Unternehmens hatten Vorrang vor den Alltagsbedürfnissen der bolivianischen Bevölkerung. Aber diese Menschen gaben nicht auf. Die Proteste wuchsen sogar noch an. Schließlich, nachdem das Militär einem 17-jährigen Jungen wegen seines Protestierens ins Gesicht geschossen hatte, wurde sogar der Regierung klar, dass das Spiel vorüber war. Zwei Tage später unterzeichneten sie ein Übereinkommen, das die städtische Wasserversorgung wieder öffentlicher Kontrolle übergeben sollte.

Aber dies war ein Sieg, der vielleicht nicht andauern wird. Und nächstes Mal werden die Menschen, egal wie groß der Protest sein wird, bloß ihre Zeit verschwenden.

Es kommt auch zu Ihnen.

Nur wenige Monate zuvor wurde in der nordamerikanischen Stadt Seattle das November-1999-Treffen der Welthandelsorganisation (WTO) stillgelegt – ebenfalls durch Massenproteste. Es war, so schien es, ein Ereignis, das die Kräfte der Unternehmensglobalisierung auf ihrem Weg gestoppt hatte – zumindest für den Augenblick.

Aber nicht so schnell. Schon Monate, nachdem sich der Rauch und das Pfefferspray verzogen hatten und die Protestierer, die Regierungsoffiziellen und die Reporter gegangen waren, rief schon das "General Agreement on Trade in Services" GATS (Allgemeine Vereinbarung über Handel in Dienstleistungen). Sie haben wahrscheinlich von GATS noch nichts gehört – die wenigsten haben das. Darum geht es gerade. Aber Sie sollten wissen, welche Bedeutung es für Sie haben wird. Denn diese Verhandlungen gehen immer noch im Stillen weiter. Ihre Absicht ist schlicht und einfach, die öffentlichen Dienstleistungen der ganzen Welt für Unternehmensübernahmen aufzubrechen, ja schon allein das Konzept öffentlicher Dienstleistungen nicht nur aussichtslos, sondern wohl illegal zu machen.

Genau darum geht es bei GATS. Wenn es letzten April schon in Kraft gewesen wäre, wäre es für die bolivianische Regierung ganz einfach illegal gewesen, die Wassergesellschaft von Cochabamba wieder zu verstaatlichen. Eine gute Nachricht für Unternehmensprofite. Eine schlechte Nachricht für die Menschen. GATS ist dabei, über die ganze Welt hin für die Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen den Weg freizumachen. Nichts wird ausgenommen sein - Erziehung, Gesundheitswesen, Sozialeinrichtungen, Postdienst, Museen und Büchereien, öffentlicher Verkehr, alles wird den Unternehmensinteressen erschlossen werden. Jeden und jeglichen Dienst, der gegenwärtig jeweils von staatlicher Seite im Namen des öffentlichen Interesses zur Verfügung gestellt wird, wird man privaten Unternehmen zugänglich machen und unter Profitgesichtspunkten betreiben. GATS könnte ganz einfach die letzte Grenze der Globalisierung sein: das Ende der Grundidee gemeinnütziger öffentlicher Dienste.

GATS wird in über 130 Ländern in Kraft treten, leise, und ohne viel Aufhebens, und dies in weniger als zwei Jahren. Falls nichts getan wird!

Was ist GATS?

Das allgemeine Abkommen über Handel mit Dienstleistungen (General Agreement on Trade in Services = GATS) ist eine von über 20 Handelsvereinbarungen, die von der Welthandelsorganisation (WTO) verwaltet und in Kraft gesetzt werden. Das GATS wurde 1994 eingerichtet, am Ende der "Uruguay-Runde" des Allgemeinen Abkommens über Zölle und Handel (General Agreement on Tariffs and Trade = GATT), die zu der Schaffung der Welthandelsorganisation geführt hat. GATS war eines der Handelsabkommen, die zur Einbeziehung übernommen wurden, als die WTO 1995 gebildet wurde. Verhandlungen sollten fünf Jahre später beginnen mit dem Ziel, "progressiv das Niveau der Liberalisierung [des Handels]" anzuheben.

Diese Gespräche wurden wie geplant im Februar 2000 auf den Weg gebracht. Der Plan sieht vor, eine Abschlussvereinbarung bis Dezember 2002 zu erreichen – das sind noch weniger als zwei Jahre.

Das Mandat von GATS ist die "Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen". In klarem Deutsch bedeutet dies den Abbau staatlicher Barrieren gegen die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. Sein Ziel besteht darin, es unmöglich zu machen, dass Regierungen ohne die Beteiligung von privaten Unternehmen öffentliche Dienste auf einer gemeinnützigen Basis betreiben. GATS wird es der WTO erlauben, staatliche Handlungen bezüglich öffentlicher Dienstleistungen durch eine ganze Reihe rechtlich bindender Zwänge einzuschränken. Jede Regierung, die den Regelungen der WTO zuwiderhandelt, wird sich Sanktionen gegenübersehen.

Was wird also geschehen, wenn GATS eingeführt wird? Charlene Barshevsy, die US-amerikanische Handelsbeauftragte, kann es uns sagen. Bevor die GATS-Verhandlungen Anfang letzten Jahres begannen, stellte sie der mächtigen US-Lobby-Gruppierung, der Koalition der Dienstleistungsindustrien, die Frage, was sie in den GATS-Vereinbarungen beinhalten sehen möchte. Die Europäische Kommission machte mit ihrer Industriekoalition, dem europäischen Dienstleistungsforum, dasselbe. Einvernehmlich wiesen die Unternehmen die folgenden Prioritätsgebiete für die Handelsliberalisierung aus: Gesundheitswesen; Krankenhauswesen; häusliche Pflege; Zahnbehandlung; Kinderbetreuung; Altenbetreuung; Schulwesen (Grundschule, höhere Schule, tertiäres Bildungswesen); Museen; Büchereien; Rechtspflege; Sozialberatung; Architektur; Energiewesen; Wasserversorgung; Umweltschutzdienste; Immobilienwesen; Versicherungen; Tourismus; Postdienste; Verkehr; Verlagswesen; Funk und Fernsehen und vieles andere.

Die Konsequenzen hiervon sind niederschmetternd. Es bedeutet, dass die 137 Mitgliedsländer der WTO dabei sind, Ja dazu zu sagen, daß sie alle ihre öffentlichen Dienste mit allem Drum und Dran Freihandelsgesetzen gegenüber öffnen – denselben Gesetzen, die es der WTO erlaubt haben, in Dutzenden von Ländern Gesundheit, Nahrungssicherheit und Umweltgesetze zu Fall zu bringen. Den Unternehmenswölfen wird Einlass in den letzten verbleibenden Pferch gewährt. Und sind sie einmal drin, wird es zu spät sein, sie jemals wieder herauszukriegen.

Eine kurze Geschichte der Globalisierung

Wie konnte dies passieren? Wie konnten Regierungen fortwährend diese Beseitigung des grundlegendsten aller Rechte erlauben, ohne noch nicht einmal ihr Volk zu befragen - oder zu informieren? Um die Antwort zu verstehen, ist es notwendig, zu den Ursprüngen des Welthandelssystems zurückzugehen. 1947 wurde eine neue Handelskörperschaft – die internationale Handelsorganisation (International Trade Organisation, ITO) – geschaffen, mit einem sehr anderen Mandat als dem der heutigen WTO. Die ITO sollte geordneten globalen Handel unter der Zuständigkeit der UNO fördern. Der Verfolg des Handels sollte ausdrücklich wichtige soziale Gesichtspunkte berücksichtigen, einschließlich der Vollbeschäftigung und der Menschen- und Sozialrechte, wie sie durch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen garantiert wurden. Die neue ITO hatte sogar das Recht, transnationales Kapital zu regulieren, um sicherzustellen, dass es diesen sozialen Zielen diene.

Aber die ITO war eine Totgeburt, getötet von den USA, die darauf bedacht waren, ein ganz anderes Welthandels- und Investment-Regime zu bilden, das nicht auf mehr, sondern auf weniger Regulierungen gebaut war; ein Regime, das sich selbst, seinen großen Unternehmen und seinen internationalen Interessen Vorteil bringen würde. So schafften die US das GATT und entzogen es der Zuständigkeit der Vereinten Nationen. Seit der Bildung des GATT im Jahre 1947 gab es acht Handelsvereinbarungs-"Runden", jede darauf ausgerichtet, die Grenzen des globalen Handels nach und nach weiter auszudehnen. Die ersten sechs Runden konzentrierten sich ausschließlich darauf, die Tarife (Grenzzölle) zu senken, und die wachsende Macht des GATT blieb weitgehend von der Zivilgesellschaft unbeachtet.

Aber die siebte "Tokio-Runde" (1973/1979) fiel mit dem Auftauchen des sogenannten "Washington Consensus" zusammen - einem globalen Wirtschaftsmodell, das auf den Prinzipien der Privatisierung, des freien Handels und der Deregulierung basiert, – und mit dem Emporkommen riesiger transnationaler Unternehmen, welche, weil sie nun globale Unternehmungen waren, den nationalstaatlichen Regulierungen entkommen waren und gleichermaßen den Abbau von Regulierungen auf internationaler Ebene wollten. Unter ihnen befanden sich riesige Dienstleistungsunternehmen, die erpicht darauf waren, ihre Hand auf Regierungsmonopole legen zu können, besonders in den Sektoren der Sozialeinrichtungen. Zum ersten Mal begann das GATT, sich mit „nicht-zollbezogenen Beschränkungen“ zu befassen – den Regeln, Methoden und Praktiken von Regierungen, wie Umweltschutzgesetzen und öffentlich finanzierten Sozialdiensten, die auf den Handel einen Einfluss haben können. Die Uruguay-Verhandlungsrunde (1986/1994) erweiterte den Umfang der Themen drastisch - zum ersten

Mal wurden Dienstleistungen genannt und viele Gebiete abgedeckt, die normalerweise mit Handel nicht in Verbindung gebracht werden.

Welt, wache auf!

Plötzlich wurde es für viele NGOs, Verfechter sozialer Gerechtigkeit und Umweltschützer klar, dass während sie damit beschäftigt waren, Einfluss auf ihre jeweiligen Regierungen und auf die Vereinten Nationen zu nehmen, viel von der Macht, die diese bisher hatten, sich still und leise auf eine neue Weltbühne verlagert hatte - auf ungewählte und weitgehend unsichtbare globale Handelssysteme. Die Architekten der Schluss-Agenda für die Uruguay-Runde wollten ein die Weltwirtschaft steuerndes System von Regeln einrichten, – Regeln, die ihnen dienen würden und die von den Mächten und Organen einer Weltregierung unterstützt würden.

Es war die Uruguay-Runde, die zur Schaffung der WTO führte - des Weltpolizisten für das Handelsprogramm reicher Unternehmen. Anders als das GATT, das unterm Strich ein Geschäftsvertrag zwischen Nationen war, erhielt die WTO "legale Persönlichkeit". Sie hat einen den Vereinten Nationen entsprechenden internationalen Status, wobei aber hinzukommt, daß sie enorme Durchsetzungskraft besitzt.

Anders als jede andere globale Institution hat die WTO die gesetzgeberische und richterliche Macht, Einwendungen gegen die Gesetze, Praktiken und Strategien einzelner Länder zu erheben und sie niederzuschlagen, wenn sie als zu "handelseinschränkend" angesehen werden. Die WTO beinhaltet keine Minimalanforderungen, um Arbeit, Menschenrechte, Sozial- oder Umweltstandards zu schützen; jedes einzelne Mal (mit nur einer Ausnahme), wo die WTO benutzt wurde, um gegen ein Gesetz zur häuslichen Gesundheit, Nahrungsmittelsicherheit, fairen Handel oder Umwelt Einwendungen zu machen, hat die WTO gewonnen. Die letzten sechs Jahre hindurch haben die Wirksamkeiten der WTO gezeigt, dass sie die mächtigste, geheimnistuerischste und antidemokratischste Organisation auf Erden geworden ist, sich rasend schnell den Mantel einer Globalregierung anmaßend und aktiv danach suchend, seine Macht und Reichweite zu vergrößern.

Das Aufteilen der Dienstleistungen

Öffentliche Dienste stehen als nächstes auf der Unternehmens-Abschussliste der WTO. Globale Unternehmen waren überall erfolgreich darin, Regierungen davon zu überzeugen, dass ihre zu erledigenden Aufgaben die gleichen sind, dass das Streben nach Unternehmensprofit und das Wohl der Gesellschaft ein und dasselbe sind, und zwar so erfolgreich, dass ihr Zugang zu vielen Bereichen des öffentlichen Lebens bereits verbessert worden ist. Jetzt wollen sie aufs Ganze gehen. Im internationalen Handel sind Dienstleistungen der Sektor, der am schnellsten wächst, und sie versprechen reiche Erträge für schlaue Unternehmen. Und unter allen öffentlichen Diensten zeichnen sich das Gesundheitswesen, der Erziehungsbereich und die Wasserversorgung als diejenigen ab, die potentiell am lukrativsten sind. Die globalen Ausgaben für Wasserversorgung übersteigen jetzt jedes Jahr 1 Billion Dollar; für Erziehung übersteigen sie 2 Billionen, und für die Gesundheitsversorgung übersteigen sie 3,5 Billionen. In vielen Teilen der Welt hat dasjenige, was von GATS beschleunigt werden wird, bereits versuchsweise begonnen. Die USA könnten ein Modell für den Abbau öffentlicher Dienstleistungen vorschlagen, das GATS dann überall auf der Welt entfesseln wird. In Amerika ist die Gesundheitsversorgung bereits ein großes Geschäft geworden, mit gigantischen Gesundheitsversorgungsunternehmen die an der New Yorker Börse registriert sind. Rick Scott, Präsident von Columbia, des weltgrößten profitorientierten Krankenhausunternehmens, ist sich darüber im klaren, dass die Gesundheitsversorgung ein Geschäft ist, nicht anders als die Flugzeug- oder die Kugellagerindustrie. Er hat öffentlich geschworen, jedes öffentliche Krankenhaus in Nordamerika zu zerstören. Ärzte, sagt er, sind keine "guten Unternehmensbürger".

Unterdessen sagen bereits Kapitalanlagefirmen wie Merrill Lynch voraus, dass das Erziehungssystem innerhalb des nächsten Jahrzehnts global privatisiert werden wird genauso wie bereits das öffentliche Gesundheitswesen. Sie sagen, dass dort eine unermeßliche Menge Profit zu machen ist, wenn dies geschieht. Die EU hat kürzlich angekündigt, dass jede öffentlich betriebene Schule in Europa bis zum Ende des Jahrzehnts eng mit einem Unternehmen verbunden werden muss. Die Eroberung ausländischer Märkte ist jetzt überall auf der Welt zu einer gemeinsamen Schlüsselstrategie unter Instituten der Hochschulausbildung geworden.

Viele Teile der "Dritten Welt" sind in den letzten Jahrzehnten unter Strukturanpassungsprogrammen, die der Internationale Weltwährungsfond (IWF) auferlegte, gezwungen worden, ihre öffentlichen Infrastrukturen abzubauen. Um für Schuldenerlass in Frage zu kommen, sind z.B. Dutzende von "Entwicklungsländern" in den letzten 20 Jahren dazu gezwungen worden, ihre öffentlichen Sozialprogramme aufzugeben, wobei fremden Unternehmen erlaubt wird, ins Land zu kommen und ihre Gesundheits- und Erziehungs-"Produkte" an diejenigen "Konsumenten" zu verkaufen, die sie sich leisten können, und Millionen von Menschen ohne eine allgemeine soziale Grundversorgung gelassen werden. Lateinamerikanische Länder erfahren momentan eine Invasion von US-amerikanischen Gesundheitsversorgungsunternehmen, und asiatische Länder lassen Zweigniederlassungen ausländischer Universitäten und Gesundheitsversorgungsketten zu. Erst kürzlich hat die Weltbank dieselben Länder gezwungen, ihr Wasserversorgungssystem zu privatisieren, und arbeitet offen mit Wassergiganten wie Vivendi und Suez Lyonnaise des Eaux zusammen, um ihre "Rechte" auf Wuchergeschäfte in der Dritten Welt zu etablieren.

Nun wollen diese Unternehmen durch die GATS-Vereinbarungen bindende, globale und unwiderrufliche Regeln, die ihnen überall in der Welt den Zugang zu staatlichen Dienstleistungsverträgen garantieren. Und das

gelingt ihnen. Bereits haben über 40 Länder, einschließlich ganz Europa, die Erziehung auf die Liste des Zuständigkeitsbereiches von GATS gesetzt und öffnen die Bereiche ihrer öffentlichen Erziehung auslandsgestütztem unternehmerischen Wettbewerb. Fast 100 Länder haben dasselbe mit dem Gesundheitswesen getan. Da die neuen Verhandlungen vorankommen, wird es für jegliches Land sehr schwer sein, gegen den Strom zu schwimmen – selbst wenn einige mutig genug sein sollten, es zu versuchen.

Was ist im GATS enthalten?

Das bestehende GATS-Abkommen – das noch keineswegs endgültig abgeschlossen ist und sogar noch schlimmer werden könnte – deckt alle Dienstleistungsbereiche und die meisten Regierungsmaßnahmen ab, einschließlich Gesetze, Verfahren, Verordnungen und Richtlinien, geschriebener und ungeschriebener. Keine staatliche Maßnahme, die den Handel mit Dienstleistungen berührt, egal mit welchem Ziel, selbst ob sie den Umwelt- oder Verbraucherschutz, allgemeinen Versicherungsschutz (bzw. allgemeine Berichterstattung, für "universal coverage" im Original, d.Ü.) oder die Verbesserung von Arbeitsbedingungen betrifft, ist außerhalb der Reichweite von GATS. Nichts Öffentliches ist sicher.

Ganz besonders würde die Vereinbarung sogar die "Diskriminierung" eines ausländischen Unternehmens verbieten, das sich darum bewirbt, einen Bereich öffentlicher Dienste zu betreiben, - sogar wenn dieses Unternehmen eine schlechte Vorgeschichte im Umwelt- oder im sozialen Bereich aufweist.

Es ist auch bereits eingeräumt worden, dass einige existierende WTO-Regelungen "horizontal" für alle öffentliche Dienste gelten sollen, egal ob die betreffenden Bereiche bereits innerhalb von GATS dezidiert aufgelistet sind oder nicht. Eine solche "flächendeckende" Regelung ist die der "meistbegünstigten Nation", die besagt, dass, sobald die Unternehmen aus einem bestimmten Land innerhalb eines anderen Marktes operieren, dieser die Unternehmen aus allen Ländern hereinlassen muss. Diese Regelung wird für alle Dienste gelten, sogar auch für solche, die in einigen Ländern noch geschützt sind, wie Gesundheitswesen und Erziehung. In ähnlicher Weise müssen bei Geltung der flächendeckenden Richtlinie alle Regulierungen innerhalb eines gegebenen Bereiches, einschließlich der Sozialdienste, "geringst handelsrestriktiv" sein – auf gut deutsch: alle öffentlichen Dienste – sogar die Sozialfürsorge – werden Marktmechanismen zu praktizieren haben.

Verfechter von GATS beharren auf der Auffassung, dass dessen Gegner hysterisch sind. Es gebe nichts, worüber man beunruhigt sein müsse. Sie verweisen auf die innerhalb GATS vorgesehene "Freistellung" für einige öffentliche Dienste, die jeweils von staatlicher Seite bereit gestellt werden.

Einige Länder, so pflegen sie zu betonen, haben bereits Befreiung für ihre öffentlich finanzierten Sozialversicherungsprogramme beantragt. Aber so einfach ist es nicht. Damit eine Dienstleistung gemäß GATS Paragraph 1.3C als unter Regierungsautorität stehend anerkannt werden kann, muss sie "vollkommen unentgeltlich" zur Verfügung gestellt werden. Das bedeutet, dass die in Frage stehende Dienstleistung vollkommen von staatlicher Seite finanziert sein muss und keinen kommerziellen Zweck haben darf. Da kaum irgendein Dienstleistungsbe- reich auf der Welt vollkommen unentgeltlich ist, ist diese Freistellung zunehmend bedeutungslos.

Was wird für das GATS noch beabsichtigt?

In seinem neuen Buch "GATS. Wie die neuen 'Dienstleistungsverhandlungen' der WTO die Demokratie bedrohen" beschreibt der kanadische Forscher Scott Sinclair die drei Prioritäten der laufenden Verhandlungsrunde.

Erstens werden die GATS-Funktionäre versuchen, den Unternehmenszugang zu heimischen Märkten zu erweitern. Regierungen werden unter großem Druck stehen, eine größere Anzahl ihrer Dienstleistungen aufzulisten und eine geringere 'freizustellen'.

Das wirkungsvollste Druckmittel wird darin bestehen, die "nationale Behandlung" flächendeckend anwende zu lassen. Nationale Behandlung ist ein fundamentaler Glaubenssatz des Freihandels; sie hindert Regierungen daran, ihre heimischen Bereiche gegenüber ausländischen Unternehmen zu bevorzugen. Schon jetzt gilt im GATS die Nationale Behandlung für verschiedene Dienstleistungen ; und das Ziel ist deren allgemeine Anwendung.

Darüber hinaus werden die mächtigen westlichen Länder auf noch weitere verbindliche Marktzugangsbestimmungen drängen und dabei von den "Entwicklungsländern" den garantierten, unwiderruflichen Zugang zu ihren Märkten erpressen und demokratische Regierungsvollmacht herabsetzen.

Zweitens versuchen die GATS-Funktionäre , einheimischen Vorschriften strenge Beschränkungen aufzuerlegen und dadurch die Fähigkeit von Staaten zu begrenzen, Umwelt- Gesundheits- und andere den Freihandel behindernde Standards gesetzlich zu verfügen. Artikel VI: 4 fordert die Entwicklung aller "notigen Vorschriften", um sicherzustellen, dass "Maßnahmen bezüglich Qualifikationsanforderungen und -verfahren, technischer Standards und Konzessionsvoraussetzungen nicht unnötige Handelsbarrieren darstellen". Übersetzt: Kommt bloß nicht ausländischen Unternehmensinteressen mit euren nervtötenden nationalen Standards in die Quere. Auch diese Bestimmung würde flächendeckend gelten. Die Regierungen würden gezwungen sein, nachzuweisen, dass ihre Regelungen, Standards und Gesetze "notwendig" waren, um ein WTO-sanktioniertes Ziel zu erreichen, und dass eine weniger handelsrestriktive Alternative nicht zur Verfügung stand.

Drittens sind die neuen Gespräche darauf angelegt, neue GATS-Regelungen und -beschränkungen zu entwickeln, die den Zweck haben sollen, den Einsatz staatlicher Subventionen, wie sie bei öffentlichen Bauarbeiten, Gemeindediensten sowie Sozialprogrammen üblich sind, weiter zu beschränken. Eine besonders bedrohliche Entwicklung ist die Forderung nach Ausweitung der harmlos klingenden Regeln für "Kommerzielle Präsenz".

Kommerzielle Präsenz erlaubt es einem "Investoren", der sich in einem bestimmten GATS-Land niedergelassen hat, sich auch in jedem anderen GATS-Land niederzulassen und nicht nur gegen einheimische Anbieter um Aufträge zu konkurrieren, sondern auch gegen einheimische öffentlich finanzierte Institutionen und Dienstleister um die Vergabe öffentlicher Gelder.

Zusammengenommen werden diese Vorschläge die Autorität der WTO im Tagesgeschäft der Regierungen ungeheuer ausweiten. Sie werden die Ausübung demokratischer Kontrolle über die Zukunft elementarer öffentlicher Dienste so gut wie unmöglich machen

Wie GATS uns betreffen wird

Jeder einzelne Aspekt des öffentlichen Lebens wird von GATS betroffen werden. Als Ergebnis globaler Ökonomisierung durchläuft bereits jetzt jedes Land auf der Welt einen fundamentalen Transformationsprozess. Reichtum sprudelt nach oben, während eine wachsende ökonomische Kluft die von dem System Profitierenden von einer immer größer werdenden Unterklasse trennt. Um sicherzustellen, was der amerikanische Erziehungsautor Jonathan Kozol "Das Überleben der Kinder der Stärksten" nennt, wird ein gestuftes System bei Erziehung und Sozialversicherung überall auf der Welt die Norm, indem wir kollektiv einen früheren Traum von universellen Rechten aufgeben. Wir schaffen Topschulen und Gesundheitsversorgungssysteme für die Elite der Welt, und für diejenigen, die nicht mehr zählen, ein gestuftes System - oder überhaupt kein System.

Das GATS dient dieser unternehmensbezogenen, profitgetriebenen Gesellschaftsvision. Es ist wichtig, zu verstehen, was, in nüchternen Worten ausgedrückt, auf dem Spiel steht. Unter dem vorgeschlagenen GATS-Regime werden ausländische Gesundheits- und Erziehungsunternehmen das Recht haben, sich in jedem WTO-Land niederzulassen. Sie werden das Recht haben, mit öffentlichen Einrichtungen wie Krankenhäusern und Schulen um die Vergabe von öffentlichen Geldern zu konkurrieren. Standards für Mitarbeiter im Gesundheits- und Erziehungswesen werden WTO-Regelungen unterworfen sein, damit sichergestellt ist, dass sie nicht ein "Hindernis für den Handel" werden. Die Befugnis, akademische Grade zu verleihen, wird an aus dem Ausland kommende Erziehungsunternehmen vergeben werden. Auslandsgestützte Telemedizinische Dienste werden legal werden. Und die Länder werden nicht in der Lage sein, den grenzüberschreitenden Wettbewerb zwischen Niedriglohn-Mitarbeitern im Gesundheits- und Erziehungswesen zu verhindern.

Schon hat die WTO-Dienstleistungsabteilung eine Privatgesellschaft angestellt, genannt die Globale Allianz für Transnationale Erziehung, damit sie weltweite Praktiken dokumentiere, welche "ausländische Erziehungs-Provider benachteiligen". Die Ergebnisse dieser "Studie" werden benutzt werden, um die Länder, die noch einen öffentlichen Erziehungssektor aufrechterhalten, unter Druck zu setzen, auf daß sie ihn dem Weltmarkt überlassen. Beunruhigenderweise beinhaltet GATS auch die Machtbefugnis über "Umweltschutzdienstleistungen" und den Schutz natürlicher Ressourcen. Unsere Naturschutzgebiete und unsere Tierwelt, unsere Flusssysteme und Wälder könnten alle zu umstrittenen Dingen werden, wenn globale transnationale "Umweltschutzdienstleistungs"-Unternehmen das Wettbewerbsmodell für ihr "Management" fordern. Profitungrige Kinderbetreuungsketten würden in jedes Land einfallen, genauso wie Gefängnisketten wie *Wackenhut*, mit seinem schlechten Ruf hinsichtlich Gewalt und Missbrauch sowohl gegenüber Gefangenen als auch Personal. Wirklich unbegrenzter Zugang für ausländische Anbieter müsste im Bereich kommunaler Verträge für Straßenbau, Kläranlagen, Müllverwertung, sanitäre Einrichtungen, Tourismus und Wasserversorgung gegeben werden.

Einfach ausgedrückt wird das "Gemeinwesen" – oder das was davon noch übrig ist – unter vollen Beschuss geraten, falls GATS durchgeführt wird. Was bisher Bereiche gemeinsamen Erbes waren, wie Samen und Gene, Luft und Wasser, Züchtung und Erbgut, Gesundheitsversorgung und Erziehung, werden vorgeschlagen zur Vermarktung, zur Privatisierung, zum Verkauf an den Meistbietenden auf dem freien Markt. Länder wie Kanada und Frankreich, die ein nationales, frei zugängliches Gesundheitswesen und Erziehungssystem haben (und es genießen), werden diese verlieren. Länder wie Großbritannien und Chile, die einmal allgemeine Sozialprogramme hatten, oder die Vereinigten Staaten, die niemals ein öffentliches Gesundheitssystem besaßen, werden in der Zukunft den Zugang zu einem öffentlichen Modell verschlossen finden, genauso wie es bei Ländern wie Indien und Südafrika der Fall wäre, die gegenwärtig darum kämpfen, solche Rechte für ihre Bevölkerungen zu sichern. Das letzte Ende dieser Übung wird vielleicht am besten durch einen hochrangigen US-amerikanischen WTO-Funktionär zusammengefasst, der unverfroren über den GATS/WTO-Prozess sagte: "Im Grunde wird er nicht aufhören, bevor Ausländer endlich beginnen, wie Amerikaner zu denken, wie Amerikaner zu handeln und – am wichtigsten – wie Amerikaner einzukaufen".

Was kann getan werden?

Wenn GATS besiegt werden soll, ist wirklich keine Zeit zu verlieren. Die Welt muss aufwachen - und zwar schnell - für das, was hinter ihrem Rücken gemacht wird. Wir brauchen dringend eine internationale Bewegung von der Art, wie sie zusammenkam, um das Multilaterale Agreement on Investment (MAI) zu bekämpfen, und weitermache, um die Straßen von Seattle stillzulegen. (Eine Liste mit Gruppen und Einzelnen, die bereits gegen GATS arbeiten, siehe unten). Wir brauchen Forschung zu jedem Aspekt über GATS in jedem Land, und wir müssen das untereinander aufteilen. Wir müssen in jedem Land gemeinsame Fronten aufbauen, in denen Menschen aus allen betroffenen Hauptbereichen repräsentiert sind – Erzieher und Lehrer, im Gesundheitswesen Tüchtige und Anwälte, Gewerkschaften aus dem Bereich des öffentlichen Sektors, Umweltschützer, Landwirte,

Schriftsteller und Künstler, Eingeborenenbevölkerungen und andere. Wir brauchen Solidarität, Zusammenarbeit und Geschwindigkeit.

Wir brauchen "GATS-freie Zonen" an den Universitäten, Hochschulgeländen, Kirchen und lokalen Gemeindezentren. Wir müssen zu unseren lokalen Regierungen gehen und lokale Resolutionen gegen GATS vorlegen. Wir müssen Briefe an unsere Regierungen und lokalen Zeitungen und alternativen Medienorgane schreiben. Einfach gesagt: Wir müssen GATS zu einem Alltagswort machen, und zwar zu keinem schönen.

Gegner von GATS und der hinter ihr stehenden Anschauung sollten drei fundamentale Forderungen vertreten. Erstens müssen wir ein absolutes Moratorium der GATS-Verhandlungen und der drakonischen Bestimmungen der gegenwärtigen Vereinbarung fordern, z.B. des Angriffs auf die inländischen Regulierungen. Es ist gänzlich unannehmbar, dass unsere Regierungen sich hinter verschlossenen Türen treffen, um zum Wohle ihrer Unternehmensfreunde unsere Rechte zu beschneiden. Das muss sofort aufhören, währenddessen müssen wir uns über die Lage klar werden und diese Streitfrage in die Öffentlichkeit tragen. Im Wesentlichen sollten wir fordern, dass überhaupt "alles das, was das Gemeinwesen betrifft" aus den Freihandelsvereinbarungen herausgenommen wird. Zweitens brauchen wir von unseren Regierungen stahlharte Garantien, dass keine künftigen GATS-Vereinbarungen Regierungen davon abhalten können, ihre Bürger mit guten öffentlichen Dienstleitungen zu versorgen. Darüber hinaus brauchen wir ein GATS, das sich darum bemüht, diese nationalen Programme durch das Völkerrecht zu stärken und über die ganze Welt hin ihre Entwicklung zu fördern. Schließlich müssen wir uns auf eine echte öffentliche Beteiligung an den Regeln, die den internationalen Handel bestimmen, hinbewegen. In dem Wissen, dass unsere Regierungen nicht deshalb auf uns hören, weil wir gute Argumente haben, sondern erst deshalb, weil wir politische Muskelkraft haben, müssen wir uns darum bemühen, eine globale Demokratie zu schaffen, in der die Regierungen ihren Bürgern dienen und ihr Engagement für Menschenrecht und verantwortliche ökologische Gestaltung würdigen. Wir dürfen nicht still an der Seite sitzen und zusehen, wie diese Rechte wegverhandelt werden. Menschen der Welt haben nein gesagt zum MAI. Eine steigende Anzahl von Menschen hat nein gesagt zu der Millenniumsrunde der WTO. Wir müssen jetzt nein sagen zu GATS. Und wir müssen gehört werden. Es gibt wirklich keine Alternative.

Maude Barlow ist Vorstandsvorsitzende des "Council of Canadians" und eine Kämpferin für Bürgerrechte. Sie ist Autorin mehrerer Bücher, einschließlich "MAI: The Multilateral Agreement on Investment" und "The Threat to Canadian Sovereignty", zusammen mit Tony Clarke. Ihre Autobiographie "The Fight of My Life: Confessions of an Unrepentant Canadian", wurde 1998 veröffentlicht.

(Übersetzung aus dem Englischen [www.theecologist.org/lastfrontier.html]:

Ulrich Morgenthaler, Wilfried Hüfler)

V.i.S.d.P.: Wilfried Hüfler, Reutlingen, 07127/972353)